

RESOLUTION DER SP MUTTENZ ZUM LNG-TERMINAL

zuhanden der Delegiertenversammlung der SP Baselland vom 28. Juni 2023 in Zwingen

Antragssteller:innen: Salome Lüdi, Julie von Büren, Roger Boerlin, Roman Brunner, Urs Rüegg, Ursula Vetter-Dettwiler, André Ackermann, Moritz Kappeler, Philipp Armbruster (alle Vorstand SP Muttenz), Thomas Noack, Landrat

Ausgangslage

Vor einigen Monaten wurde bekannt, dass der Gasverbund Mittelland (GVM) prüft, im Schweizerhalle Areal in Muttenz einen Terminal zum Umschlag von Flüssiggas (Liquefied Natural Gas, LNG) und einen Gasspeicher zu errichten. Das ursprüngliche Projekt sah vor, fossiles Flüssiggas, als Ersatz von russischem Erdgas, zur Sicherstellung der Energiereserven über den Rhein zu importieren. Nach einer kritischen medialen Welle teilte der GVM in der Medienmitteilung vom 24. Februar mit, dass das Flüssiggas-Terminal lediglich für flüssiges Biogas (Liquefied Bio Gas, LBG) oder für synthetisches Methan (Liquefied Green Gas LGG) konzipiert sei und die notwendige Infrastruktur für erneuerbare Gase schaffe. Der GVM beteuerte, dass das Projekt noch nicht in der Realisierungsphase sei. Beide Projekte befänden sich noch in der Prüfung und seien und noch nicht vom Verwaltungsrat der GVM AG verabschiedet worden. Schliesslich teilte das Unternehmen am 22. Mai in der bz mit, dass statt eines Terminals und einem grossen Gasspeicher nur eine kleine Anlage geplant sei, um das Gas von Rheinschiffen in Container umzufüllen und dass nur aus erneuerbarer Energie hergestelltes Gas umgeschlagen werden soll.

Argumente

Eine konsequente Netto-Null Strategie betreffs Treibhausgasen ist nur über den weitgehenden Ausstieg aus der Verbrennung von fossilem Gas zu erreichen. Im Heizungsbereich kann Gas heute schon ersetzt werden, z.B. mit Fernwärme oder durch mit erneuerbarem Strom betriebenen Wärmepumpen.

Der Ausstieg aus fossilem Gas für Heizungszwecke ist für die Gasversorgungsunternehmen, wie dem GVM, ein anspruchsvoller Prozess. Das Ausstiegsszenario passt weder zum Versorgungsauftrag noch zum Geschäftsmodell. Zudem liegen grosse Investitionen (Leitungsnetze) im Boden, die noch nicht abgeschrieben sind.

Der geplante Terminal zielte vor allem auf den Import von synthetischem Methan (LGG). Dieses kann mittels erneuerbarer Energie (Solar- oder Windenergie) zum Beispiel im Oman (NZZ am Sonntag vom 21. Mai 2023 «Wir könnten auch die Schweiz mit grünem Wasserstoff versorgen») erzeugt werden – allerdings mit einem sehr schlechten Wirkungsgrad und zu einem hohen Preis. Es stellt sich zudem die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass der Terminal nicht für den Umschlag von fossilem Gas genutzt werden kann.

Das Potential von Flüssiggas muss angesichts der hohen Verluste bei der Herstellung sehr gezielt genutzt werden – nämlich dort, wo es keine sinnvollen Alternativen für den Ersatz von fossilen Brennstoffen gibt – etwa für Hochtemperaturprozesse in der Industrie.

Die Anstrengungen unserer Energieversorgungsunternehmen müssten aber primär in der Erarbeitung einer verbindlichen Ausstiegsstrategie aus fossilem Gas für Heizungszwecke liegen. In dieser Beziehung gibt es bisher, ausser einer ersten Gesprächsrunde mit den Gemeinden und den Energieversorgungsunternehmen, noch keine konkreten Bemühungen im Kanton Baselland. Dieser Prozess muss nun aber endlich auch durch die Politik aktiv unterstützt werden.

Forderungen

Die Antragssteller*innen fordern ein Moratorium für die Errichtung eines Flüssiggasterminals auf dem Kantonsgebiet, bis ein verbindliches Ausstiegsszenario aus der Verbrennung von fossilem Gas zu Heizzwecken vorliegt, welches die Ziele für eine Netto-Null Strategie betreffs Treibhausgase umsetzt.

Die SP Baselland soll sich zudem bereiterklären, sich bei diesem anspruchsvollen Prozess konstruktiv in die politische Debatte über gezielte Unterstützungs- oder auch Abfederungsmassnahmen einzubringen.